

5. Jahresbericht der Universität Zürich für das Jahr 2024

Antrag des Regierungsrates vom 2. April 2025 und Antrag der Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit vom 21. August 2025

Vorlage 6016a

Ratspräsident Beat Habegger: Wir haben freie Debatte beschlossen. Ich begrüsse zu diesem Geschäft die Bildungsdirektorin, Regierungsrätin Silvia Steiner, und auf der Tribüne auch die Vertreter der Universität Zürich, insbesondere den Rektor Michael Schaepman. Eintreten auf dieses Geschäft ist obligatorisch.

Raffaella Fehr (FDP, Volketswil), Präsidentin der Aufsichtskommission für Bildung und Gesundheit (ABG): Heute stelle ich Ihnen den Bericht der ABG zum Jahresbericht 2024 der Universität vor. Ich werde auf einige ausgewählte Aspekte der Jahresberichterstattung eingehen, meine Kolleginnen und Kollegen der ABG werden sich in ihren Voten gerne ergänzend äussern.

Wir starten mit der DIZH (*Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen*), denn es ist Halbzeit beim Projekt «Digitalisierungsinitiative». Im Jahr 2020 hat der Kantonsrat einen Rahmkredit über rund 108 Millionen Franken für die DIZH gesprochen. Dazu kommen die von den Hochschulen gestellten Mittel. Insgesamt werden die Hochschulen rund 300 Millionen Franken ausgeben, über zehn Jahre verteilt. Nun haben wir die Gelegenheit wahrgenommen, um über Erkenntnisse und den realisierten Nutzen nachzufragen. Etwas zu unserem Erstaunen haben wir nicht viel mehr als eine Aufzählung darüber erhalten, wie viele Professuren, Projekte und so weiter lanciert wurden. Nun wird uns dann aber in wenigen Wochen der Controlling-Bericht der DIZH vorgestellt. Wir freuen uns darauf und erwarten darin Aussagen zum volkswirtschaftlichen und gesellschaftlichen Nutzen, welcher dank der Programme der DIZH generiert wird. Die DIZH betrifft selbstverständlich nicht nur die UZH, sondern auch die Fachhochschulen, aber heute werde ich an dieser Stelle dann nicht mehr weiter darauf eingehen.

Kommen wir zu einem nächsten Thema an der UZH: Es geht um Abhängigkeitsverhältnisse respektive Führungskompetenz der Professorinnen und Professoren. Immer wieder wird die Kommission mit Informationen konfrontiert, die nahelegen, dass die organisatorischen Strukturen der UZH unzureichend sind. So zeigen Professorinnen und Professoren zum Teil ein fragwürdiges Führungsverständnis, nutzen ihre Stellung für persönliche Zwecke und scheinen aufgrund der Strukturen und Kultur wenig führbar zu sein. Selbstverständlich betrifft das, wie immer, nicht alle, sondern häufig bloss wenige. Nichtsdestotrotz wurde mit dem Projekt «Governance 2020» die fakultäre Gestaltung und Führungsverantwortung ausgebaut und im Gegenzug dazu die strategische Führungsfähigkeit der Universitätsleitung gestärkt. Die Dekaninnen und Dekane tragen die Führungsverantwortung für die Professorinnen und Professoren ihrer Fakultät. Das als ein Beispiel, dass man sich bei der UZH der Herausforderungen bewusst ist und Veränderungen

anstrebt. Die ABG empfiehlt dennoch, die getroffenen Massnahmen weiterzuentwickeln und vor allem auch durchzusetzen. Denn kulturelle Eigenheiten, wie sie an langjährig gewachsenen Institutionen nun einmal da sind, werden nur verändert, wenn langfristig, stetig und mit Nachdruck daran gearbeitet wird.

Kommen wir zu einem finanziellen Thema, den Kosten an der UZH: Die Zahl der Studierenden ist im Vergleich zum Vorjahr weiter gestiegen, um rund 1,8 Prozent, das sind rund 500 Studierende mehr. In diesem Zeitraum ist der Personalbestand mit 6,6 Prozent allerdings deutlich stärker angestiegen. Über die letzten fünf Jahre hat sich der Kostenbeitrag pro Studierenden jährlich um durchschnittlich 4,4 Prozent erhöht. Er beläuft sich mittlerweile auf 27'000 Franken pro Studierende Person. Das hat verschiedene Gründe: mehr MINT-Studiengänge (*Mathematik, Informatik, Naturwissenschaft und Technik*), die kostenintensiver sind, ein höherer Beitrag an das USZ zur Abgeltung von Forschung und Lehre am USZ sowie die Teuerung. Es gibt also durchaus sachliche Gründe für den Anstieg – doch nicht in dieser Grössenordnung. Daher sollen der Personalaufwand in Grenzen und die Kosten pro Studierenden konstant gehalten werden. Währenddem die Kosten gestiegen sind, wurden die Studiengebühren gemäss Aussage der Finanzkontrolle seit vielen Jahren nicht mehr der Teuerung angepasst. So könnte mit einer Erhöhung der Studiengebühren von 70 Franken die Rechnung um über 6 Millionen Franken verbessert werden. Die Universität schliesst mit einem Kleingewinn von rund 1 Million Franken bei einem Aufwand von durchaus 1,7 Milliarden Franken. Die frei verfügbaren Reserven liegen allerdings sehr tief, unter 5 Prozent. Das bedeutet für die Institution einen sehr begrenzten Handlungsspielraum und für den Kanton als Eigentümer ein erhöhtes Risiko. Hier sollte die Institution unbedingt Verbesserungen anstreben.

Bereits letztes Jahr hatten wir kritisch darauf hingewiesen, dass im Jahresbericht keine Statistik zu sexuellen Übergriffen an der UZH aufgeführt wird. Die ABG hatte darum gebeten, das im Folgejahr auszuführen, musste aber feststellen, dass diesem Anliegen nicht entsprochen wurde. Die ABG fordert eine transparente Informationspraxis und erwartet, dass die UZH die bereits im Vorjahr empfohlenen Verbesserungen hinsichtlich Erhebung der Fallzahlen umsetzt. Angesichts der Wichtigkeit des Themas sollten zudem die Strukturen und Prozesse professionalisiert werden, sind sie doch für eine Institution dieser Grösse doch eher knappgehalten.

Ein weiteres Thema im Sinne der Transparenz: Da geht es um Beteiligungen und finanzielle Begünstigungen. Auch in diesem Jahr fordern wir die UZH in diesem Bereich zu mehr Transparenz auf. Gemäss Aussage der Bildungsdirektion hält die UZH die Vorgaben zur Offenlegung von Interessenbindungen ein. Die ABG hätte aber doch gerne etwas mehr. Ein Beispiel: Fünf Professoren am Institut für Banking and Finance der UZH erhalten 50'000 Franken Lohnzuschuss von einem privaten Institut. Damit wird der UZH ermöglicht, im kompetitiven Markt um die besten Köpfe mithalten zu können. Denn an Universitäten im Ausland und in der Privatwirtschaft wird im Finanzbereich nun einmal sehr viel mehr bezahlt, als es an der UZH der Fall ist. So weit, so gut, offengelegt wird das aber auf der Seite der Universität nicht. Aus Sicht der ABG ist das fahrlässig, denn damit verkommt

ein legitimes Mittel, welches eine gute Ausbildung an der UZH sichert, völlig unnötig in ein schiefes Licht. Einmal mehr fordern wir daher die UZH auf, ihr Handeln in Sachen Transparenz zu überdenken. Wir sind der Ansicht, dass man Transparenz auch ohne weitere gesetzliche Regelungen regeln kann. Wenn es aber wirklich sein muss, dann können wir uns auch auf parlamentarischem Weg dafür einsetzen.

Zum Abschluss bleibt mir traditionsgemäss im Namen der ABG den Mitarbeitenden und der Führung der UZH für die Zusammenarbeit und ihr Engagement zu danken. Auch wenn wir jeweils in der Berichterstattung vor allem die kritischen Punkte aufgreifen, anerkennt die ABG gerne, dass die UZH ihre Leistungsaufträge mit hoher Qualität erfüllt. Auch der Bildungsdirektion danke ich für die kooperative Zusammenarbeit. Mit diesen Ausführungen beantrage ich Ihnen im Namen der ABG, den Jahresbericht der Universität für das Jahr 2024 zu genehmigen. Besten Dank.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Die Universität Zürich hat im Geschäftsjahr 2024 wiederum sehr gute Leistungen in Forschung und Lehre erbracht. Eine hervorragende Positionierung in der Hochschullandschaft und breite Anerkennung im In- und Ausland sind der Lohn dafür. Im Herbst 2024 waren an der UZH 28'476 Studierende immatrikuliert und die letzten fünf Jahre ist ein Wachstum von rund 8 Prozent zu verzeichnen. Es wurden insgesamt 5643 Diplome vergeben, 809 Personen erlangten das Doktorat. Die UZH hat ihren Lehrauftrag gemäss Universitätsgesetz somit mit Erfolg erfüllt.

Auch mit ihren Forschungsleistungen wusste die UZH einmal mehr zu überzeugen. Einer der hierfür massgeblichen Indikatoren sind die jährlich eingeworbenen Drittmittel. Diese Summe konnte im Berichtsjahr mit rund 362 Millionen Franken im Vergleich zum letzten Jahr um 18 Millionen Franken gesteigert werden. Vielleicht an dieser Stelle noch eine Bemerkung zu den Studiengebühren: Diese sind natürlich, wenn man sie erhöhen würde, nur ein kleiner Tropfen auf den heissen Stein, und im Moment sind die Studiengebühren Teil des EU-Vertrags. Es macht keinen Sinn, jetzt eine Studiengebührenerhöhung vorzunehmen, wenn sie nachher wegen der EU-Vorgaben wieder zurückgenommen werden muss, deshalb warten wir in dieser Frage noch zu. Die erfolgreiche Drittmittelinwerbung spiegelt sich dann in zahlreichen Forschungsprojekten. So war die UZH in 590 Projekte des Schweizerischen Nationalfonds eingebunden. Auf Ebene der Europäischen Union liefen 151 Projekte. Durch die ausbleibende Assoziierung der Schweiz an den EU-Forschungsprogrammen, wie Horizon Europe, waren Forschende ab 2021 nicht mehr zu den ERC-Ausschreibungen (*European Research Council*) zugelassen, und mit dem materiellen Abschluss der Verhandlungen mit der EU über ein institutionelles Abkommen können aufgrund einer Übergangsregelung nun Forschende aus der Schweiz seit dem 1. Januar 2025 wieder an zahlreichen Ausschreibungen der Programme von Horizon Europe teilnehmen. Das hat die Situation für den Moment deutlich verbessert.

Strategische Entwicklungsfelder waren im Berichtsjahr unter anderem die Digitalisierung, die Universitäre Medizin, die Nachwuchsförderung sowie die weitere

Umsetzung der UZH-Immobilienstrategie. Leuchtturmprojekt im Bereich der Digitalisierung ist die Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen, die DIZH, deren Aktivitäten weiter ausgebaut wurden; die Präsidentin der ABG hat darauf Bezug genommen. Die UZH hat drei neue Brückenprofessuren, je eine mit der ZHAW (*Zürcher Hochschule für Angewandte Wissenschaften*), der PHZH (*Pädagogische Hochschule Zürich*) und der ZHdK (*Zürcher Hochschule der Künste*) geschaffen. Im DIZH-Innovationsprogramm wurden 46 Projekte gefördert und es wurden Strukturen geschaffen, in denen alle vier Hochschulen mit Praxispartnern gemeinsam arbeiten. Die von der ABG geforderte Wirkungsanalyse wird demnächst vorliegen.

In der Universitären Medizin wurde die Zusammenarbeit zwischen dem Spital und der Universität weiter verbessert, insbesondere konnten weitere Verbesserungen im Verfahren zur Besetzung von klinischen Professuren umgesetzt werden. Zu erwähnen wäre in dieser Hinsicht auch das Projekt «Med500+», das schon vor einer Woche hier im Rat Thema war (*im Zusammenhang mit der Abschreibung des dringlichen Postulates KR-Nr. 332a/2024*).

In der akademischen Nachwuchsförderung wurden deutlich über 100 Doktorierende und Postdoktorierende mit persönlichen Projektbeiträgen im Umfang von rund 9,4 Millionen Franken unterstützt. Eine zentrale Rolle kommt diesbezüglich dem Graduate Campus als Dienstleistungszentrum für die Nachwuchsforschenden zu.

Die UZH hat im Berichtsjahr eine umfassende Immobilienportfolio-Strategie für den Zeitraum bis 2050 verabschiedet. An den beiden Standorten Campus Irchel und Hochschulgebiet Zürich Zentrum konnten zahlreiche Bauprojekte in Angriff genommen, vorangetrieben und abgeschlossen werden. Beim Schlüsselvorbau, dem Neubau Forum UZH, erfolgte der Baubeginn im August 2024.

Die allgemeine Aufsicht des Regierungsrates erfolgte im Rahmen der gemäss Universitätsgesetz vorgesehenen Instrumente. Die unmittelbare Aufsicht hat der Universitätsrat im Rahmen seiner ordentlichen Geschäftstätigkeit ausgeübt, und die ständigen Ausschüsse helfen dem Universitätsrat dabei, seine Führungs- und Aufsichtstätigkeit noch wirkungsvoller wahrzunehmen. Diese Führung und Aufsicht verlaufen zurzeit auch zur Zufriedenheit der Finanzkontrolle. Die von der ABG formulierten Empfehlungen hat der Universitätsrat bereits aufgenommen. Es bleibt mir an dieser Stelle zu danken: Ich danke der Universitätsleitung mit Rektor Michael Schaepman und allen Mitarbeitenden der UZH für ihre erbrachten Leistungen.

Roger Cadonau (EDU, Wetzikon): Die Universität Zürich gilt neben der ETH als beste Schweizer Universität. Mit einem Umsatz von rund 1,7 Milliarden Franken, über 10'000 Mitarbeitenden und mehr als 28'000 Studierenden ist die UZH nicht nur ein bedeutender Studienplatz, sondern auch ein grosser Arbeitgeber. Umso wichtiger ist es, die Finanzen etwas genauer zu betrachten. Rund zwei Drittel der Erträge stammen aus Staatsbeiträgen von Kanton, Bund und anderen Kantonen. Das Jahresergebnis 2024 von 975'000 Franken entspricht bei diesem Umsatz faktisch einer Punktlandung, also plus/minus einer schwarzen Null. Auffällig ist: Der

Personalbestand wächst deutlich schneller als die Zahl der Studierenden. Gleichzeitig steigen die Kosten pro Studierenden seit Jahren kontinuierlich. Hinzu kommt, dass die Studiengebühren letztmals 2012 an die Teuerung angepasst wurden. Heute liegen diese rund 10 Prozent unter dem nationalen Durchschnitt öffentlicher Hochschulen. Die Finanzkontrolle hat aufgezeigt: Bereits nur schon eine Teuerungsanpassung würde Mehreinnahmen von rund 3,7 Millionen Franken generieren. Von aussen betrachtet, wirkt es, als sei das Thema Studiengebühren eine heilige Kuh, die nicht einmal diskutiert werden darf. Seit 2012 ist hier nichts geschehen. Als SVP/EDU-Fraktion erwarten wir deshalb, dass die UZH Massnahmen ergreift zur Anpassung der Studiengebühren, zur Stabilisierung der Kosten pro Studierenden und zur Dämpfung des Personalwachstums.

Ein Wort noch zu den Interessenbindungen: Auch wenn die aktuellen Vorgaben eingehalten werden, sollte man genauer hinschauen und das Register wohl sinnvoll ausweiten.

Zum Schluss möchten wir als SVP/EDU-Fraktion allen Mitarbeitern und der Leitung der UZH für ihren Einsatz danken. Wir genehmigen den Jahresbericht 2024. Besten Dank.

Patricia Bernet (SP, Uster): Die Universität erbringt Topleistungen und positioniert sich unter den besten Universitäten der Welt. Sie bietet das breiteste und vielfältigste Studienangebot der Schweiz. Mit Hochschulallianzen, wie die UNA Europa (*Zusammenschluss von elf europäischen Universitäten*), werden die internationale Vernetzung und der interdisziplinäre Austausch gestärkt. Studierende und Mitarbeitende haben diverse internationale Preise für ihre Forschung gewonnen. Das ist alles sehr erfreulich. Im Namen der SP danke ich dem Universitätsrat, der Geschäftsleitung und allen Mitarbeitenden für ihre gute Arbeit.

Ich hebe die wesentlichsten Themen aus Sicht der SP hervor: In einer Zeit, in der Fake News Verbreitung finden, muss die Wissenschaft besonders vertrauenswürdig sein. Dafür reicht korrektes Verhalten nicht. Es braucht ethisches Handeln aller Mitarbeitenden und unabhängige Forschung. Das Swiss Finance Institute finanziert Professuren mit erheblichen Beiträgen. Diese Förderungen und auch Beteiligungen können Mitarbeitende beeinflussen, weshalb eine hohe Transparenz notwendig ist. Die aktuellen Offenlegungen genügen nicht. Wir fordern eine Überarbeitung der Transparenzregelungen, die mögliche Abhängigkeiten klarer aufzeigen.

Die Universität soll sich zudem für Diversität, Minderheiten, freie Meinungsbildung und unabhängige Forschung einsetzen. Diese sind essenziell für eine funktionierende Demokratie. Es ist erfreulich, dass die Geschäftsleitung der Uni Zürich ausgewogen besetzt ist. Allerdings sinkt der Frauenanteil in der erweiterten Leitung auf rund 30 Prozent. Auch bei den Professorinnen stagniert der Anteil bei etwa 30 Prozent. Deshalb fordern wir verstärkte Anstrengungen, um auf den oberen Führungsebenen eine geschlechtergerechte Verteilung zu erreichen. Dazu gehört auch die fortlaufende Förderung einer positiven Unternehmenskultur, welche die Zusammenarbeit verbessert, die Mitarbeitenden unterstützt und ihre Entwicklung sowie den beruflichen Aufstieg gezielt ermöglicht.

Um sexueller Belästigung wirkungsvoller zu begegnen, sollte die Struktur professionalisiert werden. Bei rund 14'500 Mitarbeitenden und systembedingten Abhängigkeiten ist eine Dunkelziffer wahrscheinlich. Deshalb braucht es Strukturen, die bei den Mitarbeitenden grosses Vertrauen geniessen und von speziell geschultem Personal betreut werden. Dies hängt eng mit den Machtverhältnissen zusammen, deren Kultur weiterhin verbessert werden muss. Wir brauchen nicht nur exzellente Forschende, sondern vor allem auch starke Führungspersonen, die ein gesundes Arbeitsklima schaffen, Machtmissbrauch konsequent unterbinden, Mitarbeitende motivieren und so Spitzenleistungen ermöglichen.

Beim DIZH-Programm wurde die Auswertung bisher aufgrund der Menge neuer Professuren und Projekte als positiv gewertet. Wir brauchen keine Digitalisierung um jeden Preis, sondern eine Digitalisierung, die Mehrwert schafft. Wir fordern eine Auswertung zur Qualität, nicht zur Quantität. Wir wollen Digitalisierung für eine starke Demokratie, gegen Diskriminierung, für mehr Gemeinschaft und für eine nachhaltige Wirtschaft. Für die Auswertung des DIZH-Programms sollen deshalb Kriterien so festgesetzt werden, dass Aussagen sowohl über den Mehrwert als auch über die Gefahren für die Demokratie, Gesellschaft und Wirtschaft gemacht werden können.

Auch die Uni muss auf die Kosten achten. Der Kostenbeitrag pro Studierende mit 27'000 Franken liegt in einem akzeptablen Rahmen. Die Anforderungen an die Studienrichtungen werden aufgrund der zunehmenden Komplexität, aber auch der Digitalisierung eher weiter steigen. Dies ist bei der Kostenentwicklung zu berücksichtigen, auch wenn die Kürzungen auf Bundesebene allenfalls kritische Auswirkungen auf die Uni haben. Wir wollen, dass weiterhin eine hohe Qualität mit ausreichenden personellen Ressourcen sichergestellt wird.

Zum Schluss komme ich auf die Nachhaltigkeitsziele zu sprechen: Die SP-Fraktion begrüsst die Bestrebungen der letzten Jahre, Nachhaltigkeit und nachhaltige Entwicklung an der Uni breit zu verankern. Dennoch sieht die SP, gemessen an der Grösse der Uni, an diversen Stellen wesentlichen Verbesserungsbedarf. Wir erwarten, dass die Uni-Leitung mit ihren Fakultäten zusammen die Nachhaltigkeit verpflichtend in alle Studienprogramme einbaut. Sie fordert, dass die verantwortlichen Stellen zentral und dezentral mit genügend Ressourcen ausgestattet sind und dass Uni-weit die nötigen Massnahmen ergriffen werden, um die wieder gestiegenen Emissionen aus dem Flugverkehr zu senken.

Die SP-Fraktion genehmigt den Jahresbericht 2024.

Ratspräsident Beat Habegger: Wir begrüssen heute auf der Tribüne eine Klasse des Zentrums für Ausbildung im Gesundheitswesen. Herzlich willkommen im Kantonsrat.

Andreas Juchli (FDP, Russikon): Wer etwas gestalten, etwas erreichen, etwas verbessern will, der benötigt dafür Ressourcen. Das wissen wir hier im Rat sehr gut, haben wir oder zumindest Teile dieses Rates doch immer wieder sehr viele Ideen, wie wir das Geld der Zürcherinnen und Zürcher ausgeben können. Wirtschaftliche Ressourcen basieren auf wirtschaftlichem Erfolg, das heisst einer

Wirtschaft, die prosperiert. Und für eine prosperierende Wirtschaft ist ein starker universitärer Kosmos essenziell für die Aus- und Weiterbildung, die Grundlagenforschung und die Innovation, das heisst die Entwicklung von Neuem, das auch wirtschaftlich neue positive Impulse bringt. Und damit sind wir bei der Universität Zürich angekommen.

In Ergänzung zu den Voten der ABG-Präsidentin und meiner Vorredner möchte ich die folgenden Gedanken äussern: Unsere UZH dient keinem Selbstzweck, keine *l'art pour l'art*, vielmehr hat sie eine wichtige gesellschaftliche Funktion. Sie ist ein wichtiger Arbeitgeber, bildet jährlich viele junge Menschen aus und betreibt wertvolle Forschung mit wichtigen Resultaten. So weit, so gut. Es scheint uns auch, die UZH sei gut geführt. Rektor Michael Schaepman und seine Mitarbeitenden machen einen guten Job und dafür danken wir seitens der FDP-Fraktion recht herzlich.

Und wir haben im Berichtsjahr bei der UZH auch keine Smoking Gun festgestellt, wie dies beispielsweise im USZ (*Universitätsspital Zürich*) in der Direktion Urologie der Fall war (*Anspielung auf einen Vorfall am USZ wegen falscher Angaben*). Mit dieser grundsätzlichen Zufriedenheit möchte ich gleichwohl einige Punkte ansprechen, wo nach unserem Erachten Luft nach oben besteht, beispielsweise gerade eben in dieser Herausforderung «Doppelanstellung». Während Rektor Michael Schaepman die UZH bei uns in der ABG eloquent zu repräsentieren weiss, hat sich die UZH in Bezug auf die Causa Eberli (*gemeint ist Prof. Daniel Eberli, Direktor der Klinik für Urologie*) durch lautes Schweigen ausgezeichnet. Aber nur weil ein Fehlverhalten nicht in den Räumlichkeiten der UZH geschah und/oder einen unmittelbaren Ablauf in der UZH tangierte, kann oder soll doch die UZH nicht sagen, «dazu schweigen wir». Transparenz, Compliance und Integrity sind wie am USZ auch an der UZH von grösster Wichtigkeit. Ich hätte mir gewünscht, ich hätte dies von der UZH in der Causa Eberli, der ja auch an der UZH angestellt ist, auch so gehört.

Politik und Ideologie sind weitere Punkte, die ich adressieren möchte. Die UZH kann nicht frei sein von politischen Strömungen. Denn so vieles, was die UZH tut, beinhaltet den Diskurs und das Hinterfragen vom bis dato als gültig Geltenden. Aber die UZH muss erreichen, nicht einseitig gefärbt politisch-gesellschaftliche Megathemen zu bewirtschaften. Der Klimawandel ist ein wichtiges Thema, aber es ist längst nicht die einzige gesellschaftliche Herausforderung, welche wir uns hier in der Schweiz stellen müssen. Ich nenne nur deren drei weitere: die sicherheitspolitische Entwicklung, die demografische Entwicklung oder die Frage der geeigneten Zusammenarbeit mit unseren europäischen Nachbarn ohne Preisgabe unserer schweizerischen Stärken. Eine Hochschule kann und soll hier Grundlagen liefern, welche dann in der gesellschaftlichen Meinungsbildung berücksichtigt werden können. Hierzu aber erlebe ich die UZH einseitig auf die halt schon auch links ideologisierte Thematik des Klimawandels fokussiert, beispielsweise indem sie von Forschenden verlangt, sie sollten aus Klimagründen weniger fliegen und so weniger am Forschungsaustausch in fernen Ländern teilnehmen. Diese Form der Bevormundung steht meines Erachtens im Widerspruch zu den

akademischen Werten, so wie es auch die neu eingeführte Testatpflichtigkeit an einem Teil der Vorlesungen in der Medizinischen Fakultät eine ist.

Und damit wäre ich wieder beim Beginn meiner Ausführungen: Eine Universität, unsere UZH, ist nicht l'art pour l'art. Sie dient vielmehr einem wichtigen gesellschaftlichen Zweck. Und dieser Zweck ist nicht nur, aber auch, mitzuhelfen, die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass wir in unserem Land auf Basis von Wohlstand Veränderungen vornehmen können, statt Veränderungen auf dem Buckel unserer nachfolgenden Generationen mittels Schulden zu finanzieren. Und zu dieser Einsicht und Rolle wünsche ich mir von der UZH künftig eine deutlich stärkere Positionierung.

Die FDP-Fraktion empfiehlt, den Jahresbericht der Universität Zürich zu genehmigen.

Chantal Galladé (GLP, Winterthur): Die Universität Zürich ist einer unserer Leuchttürme und von zentraler Bedeutung für unseren Bildungs- und Forschungsstandort. 2024 war ein starkes Jahr. Über 28'000 Studierende, steigende Drittmittel, ein solider Abschluss und mit dem Baubeginn des Forum UZH ein klares Bekenntnis zur Zukunft. Doch auch bei Erfolg darf man sich noch weiter verbessern. Der Kostenbeitrag pro Studierende/Studierender liegt inzwischen bei rund 27'000 Franken, Tendenz steigend. Natürlich sind MINT-Fächer (*Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften, Technik*) und Spitäler teuer, aber die Universität muss sich auch Effizienz und Prioritätensetzung stellen. Warum eine Studiengebührenanhebung nicht tauglich ist im Hinblick auf die EU-Verträge, hat uns die Frau Bildungsdirektorin bereits erklärt. Wie bei den anderen Bildungsinstitutionen erwarten wir, dass der Fokus auf das Kerngeschäft gelegt und der Verwaltungsaufwand so effizient wie möglich gestaltet wird.

Positiv ist der steigende Frauenanteil unter den Professuren, erstmals über 30 Prozent. Doch Gleichstellung endet nicht bei der Quote. Lohngleichheit muss selbstverständlich werden, nicht ein Ziel, das man alle paar Jahre überprüft. Nicht befriedigend sind die Hinweise auf fehlende Daten zu sexuellen Übergriffen. Sechs gemeldete Fälle in vier Jahren sagen wenig aus, nicht, weil nichts passiert ist, sondern weil zu wenig systematisch erfasst wird. Hier braucht es eine unabhängige, professionell geführte Anlaufstelle und transparente Berichterstattung, nur so entsteht Vertrauen.

Ein weiterer Punkt betrifft die Transparenz bei Drittmitteln und Sponsoring. Wir begrüßen es, dass die Universität viele Mittel akquiriert. Aber wir erwarten volle Offenlegung von Herkunft und Verflechtungen, gerade auch nach den Diskussionen rund um das Swiss Finance Institute. Forschung muss frei sein, aber Forschung muss auch frei von Interessen sein.

Die Digitalisierungsinitiative ist ein Hoffnungsträger für Innovation. Die angekündigte Wirkungsanalyse darf sich nicht auf Kennzahlen beschränken, sie muss den gesellschaftlichen Nutzen und die möglichen Risiken kritisch beleuchten. Digitalisierung soll kein Selbstzweck sein, sondern den Menschen dienen.

Insgesamt ist die Universität Zürich gut auf Kurs. Sie erfüllt ihren Auftrag, sie forscht, sie bildet und sie geht die Herausforderungen an. Mit Michael Schaepman

hat die Universität Zürich einen Rektor, der sich dem politischen Diskurs und der gesellschaftlichen Diskussion stellt und Offenheit zeigt. Ihm und allen Mitarbeitenden, die zum Erfolg der Universität Zürich beitragen, möchten wir an dieser Stelle von ganzem Herzen danken. Wir unterstützen die Genehmigung des Jahresberichts, verbunden mit der klaren Erwartung, dass Transparenz, Gleichstellung und Effizienz künftig noch stärker im Zentrum stehen. Denn nur eine Universität, die sich selber reflektiert, kann auch die Gesellschaft weiterbringen. In diesem Sinne beantragen wir die Genehmigung des Jahresberichts 2024 der Universität Zürich.

Daniel Heierli (Grüne, Zürich): Die Kommissionspräsidentin hat Ihnen schon einen guten Einblick in unsere Arbeit des letzten Jahres gegeben. Ich will Wiederholungen vermeiden und spreche deshalb nur noch zwei Punkte an, die mir besonders wichtig sind:

Zum Thema «sexuelle Übergriffe» hat Raffaella Fehr das Stichwort schon gegeben: Professionalisierung. Wenn eine Uni nicht sagen kann, wie viele Übergriffe es bei ihr gibt, dann ist das überhaupt nicht professionell. Es braucht massive Verbesserungen, nicht nur bei der Erfassung. Die Uni ist daran, aber es ist auch höchste Zeit, gerade in einem Betrieb, wo es bekanntlich viele Angestellte in Abhängigkeitsverhältnissen gibt.

Ein zweiter Dauerbrenner ist die Transparenz. Ein Register der Interessenbindungen, welches Zuwendungen von 50'000 Franken nicht erwähnt, ist schlicht ein Witz. Hier müssen wir Abhilfe schaffen. Wenn der Regierungsrat mitzieht, braucht es wohl keine Gesetzesänderungen, anderenfalls aber schon. Die Notwendigkeit solcher Zuwendungen sehe ich etwas anders als die geschätzte Präsidentin. Leute, die vor allem ihr Einkommen maximieren wollen, sind an einer Uni fehl am Platz, solche Leute sind bei den Banken besser aufgehoben. An der Uni brauchen wir Leute, die sich der Wissenschaft verschrieben haben, Leute, die forschen wollen, Leute, die ihr Wissen an die nächste Generation weitergeben wollen. In fast allen Fachrichtungen der Uni ist ein normales Professorengehalt akzeptiert und geschätzt, man kann gut davon leben. Das würde auch im Banking-Bereich funktionieren. Die Banker sind nicht ganz die einzigen, auch Mediziner machen immer wieder Schlagzeilen mit ihren Bemühungen, ihr Gehalt durch Zuwendungen aller Art etwas aufzubessern. Neulich war im «Blick» zu lesen, dass der Direktor des Instituts für Hausarztmedizin das Ranking in Sachen Nebeneinkünften anführe, mit 100'000 Franken in einem Jahr. Herr Rosemann (*Thomas Rosemann*) ist auch Professor an der Uni, und das Register der Uni ist wieder einmal ein Totalausfall, nichts drin. Dafür findet man unter pharmagelder.ch detailliertere Angaben. Zum Beispiel sieht man da, dass Herr Rosemann von AstraZeneca 4351.25 Franken als Honorar für eine Beratung oder einen Vortrag erhalten hat. Okay, das ist aus meiner Sicht kein Problem. Aber weiter unten sehe ich auch 55'000 Franken von AstraZeneca als Sponsoring. Da bleibt ein grosses Fragezeichen. Welches ist die Gegenleistung? AstraZeneca ist keine gemeinnützige Organisation. Es wäre naiv anzunehmen, es gebe keine Gegenleistung. Ja, Spon-

soring gibt es an vielen Orten. Wenn George Clooney (*US-amerikanischer Schauspieler*) von Nespresso (*KaffEEKapselsystem des Schweizer Lebensmittelkonzerns Nestlé*) gesponsert wird, dann wissen wir alle, was da läuft. Und jeder kann trotzdem in eigener Verantwortung entscheiden, ob er seinen Kaffee lieber gemahlen oder gekapselt trinken möchte. Aber was ist die Gegenleistung eines Medizinprofessors für eine Pharmafirma? Da wird es heikel. Es ist die berufliche Pflicht eines Medizinprofessors, Produkte nur aufgrund von sachlichen Kriterien und mit dem Wohl des Patienten als oberstem Ziel zu empfehlen. Undeklarierte Zahlungen untergraben das Vertrauen in die universitäre Medizin und schaden dem Ruf der Uni.

So, das war wieder einmal viel Negatives, aber wir sind schliesslich eine Aufsichtskommission und nicht PR-Botschafter der Uni. Und wir erkennen natürlich, dass gesamthaft das Positive bei weitem überwiegt und dass an der Uni sehr viel gute und wertvolle Arbeit geleistet wird. Dafür zum Abschluss mein herzlicher Dank an alle Beteiligten. Die Grünen genehmigen den Jahresbericht.

Kathrin Wydler (Die Mitte, Wallisellen): Wir danken der Universität für ihre engagierte Arbeit in einem anspruchsvollen Umfeld und allen Mitarbeitenden für ihre wertvolle Tätigkeit. Die Mitte ist nicht in der ABG vertreten. Wir haben mit Interesse den Jahresbericht der Universität gelesen und danken für die zusammenfassenden Informationen der Aufsichtskommission. Der Bericht zur Universität Zürich zeigt eindrücklich, dass unsere grösste Bildungsinstitution gut unterwegs ist, aber auch, dass sie in zentralen Bereichen auf einem schmalen Grat wandelt. Dabei möchte ich zwei Entwicklungen ausdrücklich positiv hervorheben: Es freut uns sehr, dass die Universität den Frauenanteil bei den Professuren erstmals über 30 Prozent gesteigert hat. Das ist ein wichtiges Signal für Chancengleichheit und Modernität und daran soll weitergearbeitet werden. Zudem hat die Digitalisierungsinitiative der Zürcher Hochschulen konkrete Fortschritte gebracht, gerade in der interdisziplinären Forschung und Lehre. Diese Dynamik gilt es fortzusetzen, allerdings künftig auch qualitativ zu bewerten.

Gleichzeitig dürfen wir kritische Punkte nicht ausblenden: Die finanzielle Entwicklung macht uns Sorge. Der Personalbestand wächst deutlich schneller als die Zahl der Studierenden. Das ist ein Warnsignal. Die Universität muss ihre Mittel effizienter einsetzen und ihre Eigenkapitalbasis stärken. Wer langfristig unabhängig bleiben will, braucht solide Finanzen. Ein stärkeres Controlling bezüglich Drittmitteln und der Unabhängigkeit der Forschung ist wichtig. Die private Forschungsförderung ist wichtig, aber sie darf niemals die wissenschaftliche Freiheit gefährden. Wenn Drittorganisationen Professoren regelmässig finanzieren, ohne klare Offenlegungspflichten, entsteht ein Reputationsrisiko. Vertrauen entsteht durch Transparenz. Die Mitte erwartet hier klare Regeln und ein stärkeres Controlling.

Die Mitte nimmt den Jahresbericht 2024 der Universität zur Kenntnis und genehmigt ihn. Wir wünschen uns aber, bis zum nächsten Bericht sichtbare Fortschritte in Finanzstabilität und Drittmitteltransparenz zu sehen. Die Universität Zürich ist ein Aushängeschild unseres Kantons, sie soll es auch bleiben.

Nicole Wyss (AL, Zürich): Im Namen der Alternativen Liste möchte ich mich als Erstes beim gesamten Personal der Uni Zürich für seine Arbeit und sein Engagement bedanken. Es wurde schon vieles gesagt und auch die Alternative Liste ist nicht in der ABG vertreten, daher werde ich mich auf ein paar wenige, für uns besonders wichtige Punkte beschränken.

Die AL begrüsst die meisten Entwicklungen und Bestrebungen der UZH, die im Jahresbericht und im Bericht der ABG dargelegt wurden. So ist zum Beispiel die Schaffung von zusätzlichen Studienplätzen in der Medizin zu nennen, die im Rahmen des Projektes «Med500+» sorgfältig umgesetzt werden und sehr dringend vonnöten sind, oder die regelmässig durchgeführte Lohngleichheitsprüfung, die bis anhin ein relativ gutes Ergebnis erzielt hat und zeigt, dass die Uni auf dem richtigen Weg ist. Wir gehen also mit der ABG einig, dass vieles in die richtige Richtung geht. Die Uni bietet Bildung und Forschung in sehr hoher Qualität an.

Weniger erfreut war die Alternative Liste beim Studieren der Abschnitte über sexuelle Übergriffe. Die Uni muss Fallzahlen und deren Entwicklungen aufzeigen und veröffentlichen können. Eine Statistik hat letztes Jahr gefehlt und sie fehlt auch dieses Jahr, obwohl die ABG dies vor einem Jahr ausdrücklich verlangt hat. Das ist ernüchternd, nicht nachvollziehbar und inakzeptabel. Es macht den Anschein, dass dieses Thema zu wenig wichtig und zu wenig ernstgenommen wird. Sexuelle Belästigung am Ausbildungs- und Arbeitsplatz ist immer Ausdruck eines strukturellen Problems und sie löst sich nicht in Luft auf, nur weil keine Statistik darüber geführt wird. Die Dunkelziffern dürfen nicht unterschätzt werden. Die Alternative Liste unterstützt daher die Forderung der ABG, dass eine transparente Informationspraxis unumgänglich ist. Und wir hoffen, dass die ABG auch in Zukunft mit Vehemenz eine transparente Informationspraxis einfordert.

Zu guter Letzt möchte ich noch ein paar Worte über die Kosten pro Studierende verlieren. Es ist der Alternativen Liste bewusst, dass eine Verschiebung zu den MINT-Fächern die Kosten erhöht. Dennoch ist es uns sehr wichtig, dass eine Erhöhung der Studiengebühren sorgfältig geprüft und nur, wenn absolut unumgänglich, vorgenommen werden soll. Jede Gebührenerhöhung ist ein Schritt weg von mehr Chancengerechtigkeit und bringt mehr Studierende in die Bredouille. Die Fraktion der Alternativen Liste schliesst sich mit diesen kritischen Worten dem Bericht der ABG an und genehmigt den Jahresbericht der Universität Zürich.

Bernhard im Oberdorf (PL, Zürich): Nachdem alle Fraktionen sich ja schon sehr eingehend über den Jahresbericht der Universität geäussert haben, möchte ich mich auf drei Punkte konzentrieren. Dabei zeigt es sich, dass betreffend sexuelle Übergriffe eine grosse Sensibilisierung eingesetzt hat, aber dennoch eine Dunkelziffer bestehen könnte. Hier wird erwartet, dass auch dieser Bereich ausgeleuchtet wird.

Ein weiteres sensibles Thema ist das Sponsoring von Professuren und Forschungsprojekten. Bei der Offenlegung von Interessenbindungen wird wohl der rechtliche Rahmen eingehalten, darüber hinaus gehende Informationen werden jedoch nicht gewährt. Hier ist es aber unerlässlich, dass Transparenz geschaffen

wird. Das erfordert die wissenschaftliche Redlichkeit. Da messe ich auch die Universität an ihren eigenen Kriterien. Seit dem Werturteilstreit zwischen den Exponenten Adorno (*Theodor W. Adorno, deutscher Philosoph*) und Popper (*Karl Popper, österreichischer Philosoph*) ist klar, dass nur wissenschaftlich ist, was werturteilsfrei ist. Da Wertungen aber immer in die wissenschaftliche Arbeit einfließen können, ist es erforderlich, dass die Wertbasis offengelegt wird. Dazu gehört beispielsweise die Deklaration von Menschenbildern, Gesellschaftsbildern und Bildern der Wirtschaftsordnung, auf denen die Forschung basiert. Das ist nötig, damit sich nicht Wertungen durch die Hintertür als Werturteile einschleichen. Hingegen bin ich kein Freund der Erhöhung der Studiengebühren, zumal die Kosten je nach Studienrichtungen stark variieren. Diese Einschätzung ist so, da ich lange Mitglied des Studentenparlaments war und später auch im Senat und, als es ihn noch gab, in dem Senatsausschuss gewählt wurde. Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Wilma Willi (Grüne, Stadel): Die UZH hat 2024 das Projekt «UZH Accessible» gestartet, dies wurde so als Antwort auf die Anfrage KR-Nr. 129/2024 betreffend «Inklusion an der UZH» beschrieben. Es gliedert sich in drei Teilprojekte, diese sind: bauliche Barrierefreiheit, technologische Barrierefreiheit und kulturelle und organisatorische Barrierefreiheit. Dieses Projekt begrüßen wir explizit. Das Projekt «UZH Accessible» ist im Abschnitt strategisches Projektportfolio mit dem Titel «Divers und zugänglich» aufgeführt und wird als eines der grossen strategischen Projekte der UZH für 2024 ausgewiesen. Damit zeigt die UZH, dass Barrierefreiheit und Inklusion nun doch endlich integrale Bestandteile der Hochschulentwicklung sind. Die Grüne Fraktion dankt dafür. Wir sind gespannt auf die konkreten Ergebnisse und bitten Sie, diese zügig voranzutreiben. Vielen Dank.

Detailberatung

Titel und Ingress

I.

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

Abstimmung

Der Kantonsrat beschliesst mit 173 : 0 Stimmen (bei 0 Enthaltungen), Ziffer I der Vorlage 6016a zuzustimmen und den Jahresbericht der Universität Zürich für das Jahr 2024 zu genehmigen.

II. und III.

Keine Wortmeldung, so genehmigt.

Das Geschäft ist erledigt.

